



Leseprobe aus Butterwegge, Die zerrissene Republik, ISBN 978-3-7799-6309-7
© 2020 Beltz Juventa in der Verlagsgruppe Beltz, Weinheim Basel
[http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?
isbn=978-3-7799-6309-7](http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-6309-7)

Inhalt

Einleitung	9
1 Definitionen, Dimensionen und Diskussionen über Grundlagen der gesellschaftlichen Ungleichheit	11
1.1 Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit als Dimensionen der gesellschaftlichen Ungleichheit	11
1.2 Armut und Reichtum als Inbegriff der sozioökonomischen Ungleichheit	17
1.3 Theoretiker und Theorien der sozioökonomischen Ungleichheit	29
1.3.1 Karl Marx, Friedrich Engels und die Klassenanalyse	30
1.3.2 Max Webers Typologie der Klassen und Stände	46
1.3.3 Theodor Geiger als Begründer der Schichtungssoziologie	54
2 Untersuchungen zur (west)deutschen Sozialstruktur zwischen seriöser Empirie und purer Ideologie	63
2.1 Die historische Entwicklung der Sozialstruktur: Ungleichheit, Klassen und Schichten vor 1945	64
2.2 Helmut Schelskys „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ – Abschied vom Klassenbegriff und Erschütterung des Schichtungsparadigmas	67
2.3 Ralf Dahrendorfs „industrielle Klassengesellschaft“ – Entsorgung der Arbeiterklasse durch die Hintertür?	75
2.4 Theodor W. Adorno, Jürgen Habermas, Claus Offe und Herbert Marcuse: Latenz der Klassengegensätze, horizontale Disparitäten oder Ersatz der Arbeiterklasse durch Randgruppen?	86
2.5 Ulrich Beck und die Fiktion eines „sozialen Fahrstuhl-Effekts“ in der „Risikogesellschaft“	103
2.6 Gerhard Schulze und Peter Gross: Milieuvielheit in der „Erlebnis-“ und der „Multioptionsgesellschaft“	112
2.7 Heinz Bude, die soziale Exklusion und das Prekariat: Arme als „Ausgeschlossene“, „Überflüssige“ und „Entbehrliche“	121
2.8 Oliver Nachtwey und sein „Rolltreppen-Effekt“ in der „Abstiegsgesellschaft“	128
2.9 Die neue Klassenstruktur in Andreas Reckwitz’ „Gesellschaft der Singularitäten“	135

3 Sozialstrukturentwicklung und Diskurskonjunkturen der Ungleichheit	143
3.1 Währungsreform, Westintegration und „Wirtschaftswunder“	144
3.2 Ludwig Erhards „Wohlstand für alle“ und die gesellschaftliche Wirklichkeit	155
3.3 Rezession 1966/67, „Ölkrise“ 1973 und Weltwirtschaftskrise 1974/75: Massenarbeitslosigkeit und „neue Armut“ in der „Zweidrittelgesellschaft“	162
3.4 Mehr Gleichheit auf einem niedrigeren Wohlstandsniveau: Staatssozialismus à la DDR	172
3.5 Die „neue Unterschicht“ und das „abgehängte Prekariat“ als Bodensatz der Gesellschaft?	178
3.6 Existenz-, Verlust- und Zukunftsängste des Durchschnittsbürgers: Erosion der Mittelschicht?	185
3.7 Refeudalisierung der Sozialstruktur und/oder Rückkehr der Klassengesellschaft?	193
3.8 Papst Franziskus und Thomas Piketty: Ungleichheit im Visier der Medienöffentlichkeit	199
3.9 Jens Spahns „Tafel“-Interview, Kevin Kühnerts Sozialisierungsforderung und die Antwort der CDU auf Rezos Video	207
4 Erscheinungsformen der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheit	217
4.1 Konzentration des Privatvermögens und Polarisierung der Einkommen	217
4.1.1 Die zunehmende Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung	218
4.1.2 Zukunftsperspektiven der Verteilungsverhältnisse im demografischen Wandel	223
4.2 Produktion, Reproduktion und/oder Legitimation der sozioökonomischen Ungleichheit durch das Bildungssystem?	226
4.2.1 Bildungsungleichheit, „Bildungsarmut“ und Bildungsreichtum	226
4.2.2 Konsequenzen für die Armutsbekämpfung: Verbesserung der Bildung und/oder Umverteilung des Reichtums?	238
4.3 Gesundheitliche Ungleichheit: Wer arm ist, muss früher sterben	243
4.3.1 (Langzeit-)Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung – ein Gesundheitsrisiko	244
4.3.2 Armut und Krankheit im Alter – eine brisante Wechselbeziehung	250

5 Entstehungsursachen und Entwicklungstendenzen der Ungleichheit: Prekarisierung, Pauperisierung und Polarisierung	254
5.1 US-Amerikanisierung der Gesellschaft als Leitmotiv des Neoliberalismus	254
5.1.1 Das neoliberale Verständnis von Leistung, sozialer Ungleichheit und Gerechtigkeit	258
5.1.2 Ökonomisierung, Privatisierung und (Re-)Kommodifizierung als Instrumente der neoliberalen Politik	264
5.2 US-Amerikanisierung des Arbeitsmarktes: Deregulierung, Prekarisierung der Lohn- und Liberalisierung der Leiharbeit	269
5.2.1 Vorgeschichte, Entstehungshintergrund und Rahmenbedingungen der rot-grünen Arbeitsmarktreformen	269
5.2.2 Gerhard Schröders „Agenda 2010“ und die sog. Hartz-Gesetze	271
5.3 US-Amerikanisierung des Wohlfahrtsstaates: Abwertung, Ökonomisierung und Privatisierung des Sozialen	274
5.3.1 Einführung der Riester-Rente: Altersarmut per Gesetz	280
5.3.2 Rentenkürzung und mehr Altersarmut durch Lebensarbeitszeitverlängerung	283
5.3.3 Hartz IV – Symbol für soziale Demontage, Verarmung und Verelendung	286
5.4 US-Amerikanisierung der Steuerpolitik: Geschenke für Gutbetuchte und Opfer für Bedürftige	291
5.4.1 Steuerpolitik der CDU/CSU/FDP-Koalitionen unter Konrad Adenauer und Helmut Kohl	291
5.4.2 Die rot-grünen Steuerreformen und die Privilegierung der Kapitalanleger durch die Große Koalition	294
5.4.3 Demontage der Erbschaftsteuer für Firmenerben – ein verteilungspolitisches Drama in vielen Akten	306
5.5 Verschärfung der Ungleichheit durch die globale Banken-, Finanz- und Wirtschaftskrise?	319
6 Konturen und Perspektiven einer zerrissenen Republik	325
6.1 US-Amerikanisierung der Sozialstruktur	325
6.1.1 Das Prekariat: Unterschicht, digitales Proletariat oder neue Klasse?	328
6.1.2 Von der vermehrten Fluchtmigration zur ethnischen Unterschichtung der Gesellschaft?	334
6.1.3 Globalisierung der Ungleichheit: Herausbildung einer transnationalen Super- und/oder Unterklasse?	342
6.2 US-Amerikanisierung der Raum-, Regional- und Stadtentwicklung	345

6.2.1 Zerfall der Großstädte in Elends- und Luxusquartiere: Wohnungsnot und Mietenexplosion	347
6.2.2 Zuwanderung, ethnische Segregation und soziale Exklusion	355
6.2.3 Vor einer sozialen Wende in der Wohnungspolitik?	359
6.3 US-Amerikanisierung des sozialen Klimas und der politischen Kultur	361
6.3.1 Entsolidarisierung als Folge der gesellschaftlichen Polarisierung	362
6.3.2 Verhöhnung der sozial Benachteiligten in der Hartz-IV- Gesellschaft	365
6.4 Sozioökonomische führt zu politischer Ungleichheit: Demokratie in der Krise?	372
6.4.1 Resignation, politischer Rückzug und geringe Repräsentation der Armen	373
6.4.2 Finanzmarktkapitalismus und Krise der Repräsentation als Gefahren für die Demokratie	376
6.5 Rechtspopulismus oder Wie der Zorn die Republik zerreißt	382
6.5.1 Verlustängste, Abstiegssorgen und Panikreaktionen der Mittelschicht	382
6.5.2 Wohlstandschauvinismus, Standortnationalismus und Sozialdarwinismus als ideologischer Nährboden des Rechtspopulismus	386
6.6 Zukunftsaussichten einer zerrissenen Republik: Alternativen zur wachsenden Ungleichheit	390
6.6.1 Abschottung gegen Armut: Entwicklung des Mindestlohns zu einem Lebenslohn	393
6.6.2 Solidarische Bürgerversicherung und soziale Mindestsicherung für einen inklusiven Sozialstaat	397
6.6.3 Abschöpfung des Reichtums: Vergesellschaftung und/oder Umverteilung von oben nach unten?	401
Literaturauswahl	405

Einleitung

Seit geraumer Zeit ist die wachsende sozioökonomische Ungleichheit das Kardinalproblem unserer Gesellschaft, wenn nicht der gesamten Menschheit. Ungleichheit, von den meisten Deutschen hauptsächlich in Ländern wie den USA, Brasilien oder Südafrika verortet, breitet sich verstärkt auch in der Bundesrepublik aus. Sie ist bereits im Kindergarten spürbar, prägt das Erwerbsleben der Gesellschaftsmitglieder genauso wie ihre Bildung und Ausbildung, endet aber nicht mit ihrem Tod, macht vielmehr selbst vor dem Begräbnis und der Grabstätte nicht halt. Die zunehmende Ungleichheit beschränkt sich auch nicht auf die asymmetrische Verteilung von Einkommen und Vermögen, erstreckt sich vielmehr auf unterschiedliche Lebensbereiche wie Bildung, Gesundheit, Wohnen, Freizeit und Mobilität.

Welche gesellschaftliche Stellung jemand einnimmt, hängt nicht vom Geld allein ab, das jemand verdient oder besitzt, sondern wird stark beeinflusst von seinem Geschlecht, seiner ethnischen Herkunft, seiner Staatsangehörigkeit und seinem religiösen Bekenntnis. Darüber hinaus spielen regionale Disparitäten (zwischen Ost- und Westdeutschland, Nord- und Süddeutschland sowie Stadt und Land) eine wichtige Rolle im Hinblick auf die Ungleichheit. Dennoch ist im Folgenden primär von Armut und Reichtum die Rede, weil die Stellung im gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozess bzw. die hieraus resultierende (Fehl-)Ausstattung mit materiellen bzw. monetären Ressourcen heute fast überall auf der Welt die Hauptdeterminante der Ungleichheit bildet: Wer arm ist, wohnt eher in einer Wellblechhütte im Slum oder im Hochhaus am Stadtrand, und wer reich ist, eher in einer Villa oder im Loft eines angesagten Luxusquartiers. Weder das (weibliche) Geschlecht noch die (schwarze) Hautfarbe oder die (nichtchristliche) Religion wirken zudem sozial diskriminierend, wenn eine Person sehr vermögend ist.

Ebenso brennend wie die sozioökonomische Ungleichheit selbst interessiert uns die Frage, ob bzw. wie sie hierzulande in der Nachkriegszeit wahrgenommen und von den politisch Verantwortlichen, in den Massenmedien und von den Gesellschaftsmitgliedern bewertet wurde. Thematisiert wird also nicht bloß, wie sich die Ungleichheit herausgebildet und warum sie besonders in jüngster Zeit deutlich zugenommen hat, sondern auch, weshalb Staat, Wirtschaft und Gesellschaft darauf bislang nur halbherzig reagiert oder die Spaltung sogar forciert haben, und was getan werden muss, um ihr erfolgreich zu begegnen.

Kriege, Naturkatastrophen und Pandemien haben in der Vergangenheit oft dazu beigetragen, dass die sozioökonomische Ungleichheit nicht überhand-

nahm. Die im Februar/März 2020 nach Deutschland vorgedrungene Corona-Pandemie dürfte jedoch kaum egalisierend wirken. Mit den Immun- und den Einkommensschwächsten traf das SARS-CoV-2 genannte Virus zwei sich personell überschneidende Bevölkerungsgruppen am stärksten. Obwohl die ohnehin brüchige Lebensgrundlage der Ärmsten (Obdachlose, Bettler/innen und Pfandsammler/innen) durch Ausgangsbeschränkungen und Kontaktverbote zerstört wurde, die finanzielle Belastung von Transferleistungsbezieher(inne)n durch Schließung der meisten Lebensmitteltafeln zunahm und die Überschuldung unterprivilegierter Schichten stieg, kam von den staatlichen Rettungspaketen für die Wirtschaft im Kellergeschoss der Gesellschaft wenig an. Einerseits blieben Kurzarbeit für Beschäftigte, Konkurse von kleineren Unternehmen und Kündigungen nicht aus, andererseits realisierten Hedgefonds, Finanzinvestoren und Spekulanten durch Kurseinbrüche an den Börsen mittels Leerverkäufen von Aktien sogar Extraprofite. Wahrscheinlich hat sich die Kluft zwischen Arm und Reich am Ende noch vertieft.

Das vorliegende Buch gliedert sich wie folgt: Zuerst werden Definitionen der Schlüsselbegriffe „Ungleichheit“, „Armut“ und „Reichtum“, anschließend die wichtigsten Theorien und Theoretiker der sozioökonomischen Ungleichheit im deutschsprachigen Raum vorgestellt. Das zweite Kapitel behandelt Aussagen zur Sozialstruktur in (West-)Deutschland, die sich zwischen Empirie und Ideologie bewegen. Das dritte Kapitel rekonstruiert wichtige Ungleichheitsdiskurse und beleuchtet, wie über Armut und Reichtum nach dem Zweiten Weltkrieg geredet bzw. geschrieben wurde. Im vierten Kapitel geht es um verschiedene Ausprägungen der Ungleichheit, wobei neben der Einkommens- und Vermögensverteilung vor allem das Bildungs- und Gesundheitssystem in den Blick genommen werden. Das fünfte Kapitel dreht sich um die Entstehungsursachen der sozioökonomischen Ungleichheit, wobei die Globalisierung bzw. die neoliberale Modernisierung sowie Fehlentscheidungen und falsche Weichenstellungen der politisch Verantwortlichen eine Schlüsselrolle spielen. Auswirkungen und Folgen der sozialen Ungleichheit thematisiert das sechste Kapitel, in dem es um die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft, die Prekarisierung der Lohnarbeit und die Pauperisierung eines wachsenden Teils der Bevölkerung, aber auch um die politische Spaltung als nicht minder problematisches Resultat der sozioökonomischen Spaltung geht. Außerdem werden Gegenstrategien diskutiert und Lösungsmöglichkeiten eruiert. Die nach inhaltlichen Kriterien gegliederte Literaturliste am Ende des Buches eröffnet seinen Leser(inne)n die Möglichkeit, einzelne Aspekte des Themas zu vertiefen.

Köln, im Frühjahr 2020

Christoph Butterwege

1 Definitionen, Dimensionen und Diskussionen über Grundlagen der gesellschaftlichen Ungleichheit

„Armut“ und „Reichtum“ sind ebenso wie „soziale“ bzw. „wirtschaftliche Ungleichheit“ heftig umstrittene, ja sogar stark umkämpfte, aber keine Kampfbegriffe, obwohl das Kritiker dieser Termini gern behaupten, denen jede Diskussion darüber als „Neiddebatte“ erscheint. Sie dienen vielmehr der notwendigen Beschreibung ebenso wie der analytischen Beurteilung von Eigentums-, Vermögens- und Einkommensverhältnissen in einer Gesellschaft. Um ihre Aussagekraft zu erhöhen, muss ein möglichst hohes Maß an Klarheit darüber herrschen, was unter den einzelnen Termini zu verstehen ist. Deshalb soll eine Arbeitsdefinition entwickelt werden, auf deren Grundlage die nachfolgenden Ausführungen besser verständlich sind. In einem zweiten Schritt werden prominente Theoretiker und wichtige Theorien der Ungleichheit vorgestellt, die jene Sozialstrukturanalysen befruchtet haben, von denen anschließend die Rede ist.

1.1 Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit als Dimensionen der gesellschaftlichen Ungleichheit

Die momentan in Deutschland lebenden Menschen sind weder biologisch noch sozial gleich, unterscheiden sich vielmehr im Alter, im Geschlecht, in der Größe, im Gewicht, im Körperbau, in der Haut-, Haar- und Augenfarbe sowie der Physiognomie – um nur einige phänotypische bzw. somatische Erkennungsmerkmale zu nennen –, aber auch im Hinblick auf ihre genetischen Dispositionen, Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie in Bezug darauf voneinander, wo sie wohnen (in der Stadt oder auf dem Land), in welchem Haushaltstyp und in welcher Familienform sie leben, welchen Beruf sie ausüben, ob sie Hobbys haben (und wenn ja, welche/s), ob sie regelmäßige Sport treiben (und wenn ja, welchen), usw. Die zuletzt genannten Eigenschaften der Individuen beruhen meistens auf persönlichen Entscheidungen, die sie mehr oder weniger freiwillig getroffen haben. Es handelt sich hierbei um spezifische Formen der Ungleichheit, die nicht schicksalhaft vorbestimmt oder von der Natur bedingt, vielmehr individuell und selbstgewählt sind.

Jene weit verbreitete Ungleichheit, von der im Folgenden gesprochen wird, ist hingegen systemisch begründet, ökonomisch determiniert und in Gestalt

von großen Bevölkerungsgruppen, Schichten oder Klassen sozial strukturiert; sie liegt also weder im eigenen Ermessen, noch ist sie einer natürlichen Ungleichheit der von ihr betroffenen Personen geschuldet. Vielmehr geht es um eine Form der Ungleichheit, die politisch organisiert, legitimiert und perpetuiert, im Fall eines grundlegenden Systemwandels bzw. -wechsels aber restrukturiert oder destruiert wird. Es handelt sich um *gesellschaftliche* Ungleichheit, die meistens in der Pluralform auftritt, weshalb eigentlich von Ungleichheiten die Rede sein müsste.

Schaut man genauer hin, gibt es mehrere Dimensionen der gesellschaftlichen Ungleichheit. Dabei sind drei von zentraler Bedeutung: die ökonomische, die soziale und die politische. Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit hängen eng miteinander zusammen, gehen meistens sogar Hand in Hand. Um *wirtschaftliche* Ungleichheit handelt es sich dann, wenn die ökonomischen (Macht-)Strukturen eine Verteilungsschieflage beim Einkommen und/oder Vermögen hervorbringen, die bestimmte Personengruppen hinsichtlich der ihnen zur Verfügung stehenden materiellen Ressourcen privilegiert und andere diskriminiert. Von *sozialer* Ungleichheit sprechen wir dann, wenn gesellschaftliche Normen, Strukturen und/oder Institutionen bestimmte Personengruppen im Hinblick auf die Stellung oder den Status ohne sachlichen Grund benachteiligen, andere hingegen ohne sachlichen Grund bevorzugen. Von *politischer* Ungleichheit schließlich ist dann die Rede, wenn nicht alle Bürger/innen eines (demokratisch verfassten) Landes über dieselben Möglichkeiten der Einflussnahme auf staatliche Entscheidungsprozesse und Personalentscheidungen verfügen oder aufgrund fehlender materieller Ressourcen, struktureller Barrieren bzw. mentaler Restriktionen darauf verzichten, sie wahrzunehmen.

Während der sozialen Differenzierung die gesellschaftliche Arbeitsteilung zugrunde liegt, geht es bei der Ungleichheit um Rangunterschiede bzw. Statusdifferenzen, die auf privatwirtschaftlichen Eigentums-, Macht- und Herrschaftsverhältnissen beruhen. Eine gewisse Schwierigkeit, die zur Unklarheit hinsichtlich der Begrifflichkeit führen kann, herrscht bezüglich der Abgrenzung zwischen wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit. Obwohl der Mannheimer Soziologe Johannes Berger *wirtschaftliche* Ungleichheit im Kern als Ungleichverteilung von Einkommen *und* Vermögen definiert, von der man auch als distributiver Ungleichheit spricht, kapriziert er sich in seinen Vorlesungen zum Thema auf die Einkommensungleichheit.¹ Die hieraus resultierende Kluft zwischen Arm und Reich wird normalerweise als *soziale* Ungleichheit bezeichnet, was der Doppelbedeutung des Begriffs „sozial“ geschuldet sein mag. Dieser meint im weiteren Sinne „gesellschaftlich“ und im engeren Sinne das Gegenteil von „unsozial“, deckt in diesem Fall also nur einen Teilbereich von Politik,

1 Vgl. Johannes Berger, Wirtschaftliche Ungleichheit. Zwölf Vorlesungen, Wiesbaden 2019, S. 30 und 43 ff.

Staat und Gesellschaft ab. Will man den engen Kausalzusammenhang zwischen beiden Ungleichheitsformen zum Ausdruck bringen, kann man sich für die terminologische Kombination „sozial-“ bzw. „sozioökonomische Ungleichheit“ entscheiden, was im Folgenden geschieht, sofern nicht ein spezieller Aspekt der Ungleichheit gemeint ist.

Die soziale Wertschätzung bzw. das Sozialprestige, welches bestimmte (Berufs-)Gruppen und ihre Mitglieder genießen, ist kein genuiner Quell der gesellschaftlichen Ungleichheit, wie der Soziologe Reinhard Kreckel bemerkt hat: „Es bezieht sich stets auf die ökonomischen Ressourcen und die sozialen Beziehungen, über die die Betroffenen verfügen können – ebenso aber auch auf deren hierarchische Stellung und auf das ihnen verfügbare Wissen.“² Drückt man es mit Begriffen der Systemtheorie aus, determiniert das ökonomische Subsystem in gewisser Weise die übrigen Subsysteme der Gesellschaft. Wenn man zusammen mit Pierre Bourdieu neben dem „ökonomischen Kapital“ noch das „soziale“ und das „kulturelle Kapital“ (sowie als übergeordnete Kategorie das „symbolische Kapital“) unterscheidet, um zwischen gesellschaftlichen Großgruppen bestehende Differenzen innerhalb eines mehrdimensionalen Raumes erfassen zu können, geht der genannte Bedingungs-zusammenhang leicht verloren, obwohl der französische Soziologe selbst das ökonomische Kapital gegenüber den anderen Kapitalformen priorisiert, d. h. als „dominierende Kapitalform“ bezeichnet hat.³

Man kann davon ausgehen, dass die ökonomische Ungleichheit der Schlüssel zur Erklärung gesellschaftlicher Verwerfungen unterschiedlicher Art ist. Denn sie strahlt auf die übrigen Gesellschaftsbereiche aus. Es gibt unterschiedliche Erscheinungsformen der Ungleichheit, die letztlich im wirtschaftlichen Bereich wurzeln. Bei der Ungleichheit handelt es sich allerdings nie um ein rein ökonomisches Problem. Vielmehr existieren mannigfache Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Lebensbereichen. Die wirtschaftliche Ungleichheit manifestiert sich hauptsächlich in sozialer Ungleichheit. Da beide nur schwer voneinander zu trennen sind, bietet sich der Begriff „sozioökonomische Ungleichheit“ als die gesellschaftliche Realität präziser erfassende Alternative geradezu an. Ökonomische und soziale Ungleichheit führen zwangsläufig auch zu politischer Ungleichheit, selbst dann, wenn es sich nicht – wie bei den USA, wo großer politischer Einfluss und hohe Staatsämter mittlerweile hauptsächlich extrem reichen Menschen vorbehalten bleiben – um eine Plutokratie oder eine Präsidialdemokratie mit plutokratischen Zügen handelt.

Verteilungskonflikte sind grundlegender Art, Beziehungs-, Anerkennungs-

2 Reinhard Kreckel, Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, 3. Aufl. Frankfurt am Main/New York 2004, S. 66

3 Siehe Pierre Bourdieu, Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Reinhard Kreckel (Hrsg.), Soziale Ungleichheiten, Göttingen 1983 (Soziale Welt, Sonderband 2), S. 189

und Wertschätzungskonflikte bleiben ihnen nachgeordnet. In der Hierarchie der verschiedenen Ungleichheitsdimensionen steht die Ökonomie zwar aufgrund der Tatsache, dass sie mit den materiellen Ressourcen die Basis für sämtliche menschliche Aktivitäten schafft, prinzipiell über dem Sozialen und der Politik, allerdings nicht in einer so mechanischen Weise, wie das der Marxismus behauptet, wenn man ausgerechnet seinen ärgsten Widersachern glaubt. Vielmehr haben Karl Marx, Friedrich Engels und ihre seriösen Anhänger immer die relative Autonomie, die funktionale Eigengesetzlichkeit und die Handlungsalternativen des „geistig-politischen Überbaus“ hervorgehoben.

Ökonomistisch wäre es hingegen, allen Ernstes anzunehmen, dass man soziales Ansehen, aber auch weltanschauliche Überzeugungen, politische Orientierungen und religiöse Glaubensbekenntnisse eines Menschen unmittelbar aus den materiellen Lebensbedingungen von Klassen und/oder Schichten ableiten kann. Selbst wenn überhaupt kein Zusammenhang zwischen Ersteren und Letzteren bestünde, wäre es jedoch sinnvoll, durch eine Gesellschaftsanalyse sowohl jene Personengruppen zu ermitteln, die aufgrund ihrer gemeinsamen Lebensgrundlage und weitgehend übereinstimmender Existenzbedingungen die gleichen Interessen haben, wie auch jene Personengruppen, deren Interessen nicht harmonieren, sich entgegenstehen oder gar prinzipiell miteinander unvereinbar sind.

Intersektionalitätstheorien, die auf Erkenntnissen der US-amerikanischen Rechtswissenschaftlerin Kimberlé W. Crenshaw basieren, gehen davon aus, dass Klasse, Ethnie und Geschlecht zusammenhängende Quellen der Ungleichheit bzw. auf derselben Ebene zu analysierende Diskriminierungskategorien darstellen.⁴ Zweifellos kumulieren Rassismus, „Klassismus“ und Sexismus in der Wirkung auf die davon Betroffenen, grundlegend ist und bleibt aber die Eigentumsstruktur einer Gesellschaft. Dafür spricht jedenfalls, dass man dem saudischen Kronprinzen seine Hautfarbe und seine Religion ebenso wenig wie der Großunternehmerin ihr Geschlecht vorwirft. Umgekehrt wird ein weißer Mann, der nichts besitzt und womöglich Sozialleistungen des Staates bezieht, durchaus verachtet, was der nicht sehr glücklich gewählte Begriff „Klassismus“ zum Ausdruck bringt.⁵ Die sozioökonomische Ungleichheit als Hauptursache von Benachteiligungen in anderen Lebensbereichen wird relativiert, wenn man so tut, als erwachsen Praktiken der Diskriminierung wegen des Geschlechts, der sexuellen Orientierung oder der ethnischen Herkunft einer bestimmten Personengruppe nicht letzten Endes aus eben dieser Gesellschaftsstruktur. Ras-

4 Vgl. z. B. Gabriele Winker/Nina Degele, Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten, 2. Aufl. Bielefeld 2010; Helma Lutz/María Teresa Herrera Vivar/Linda Supik (Hrsg.), Fokus Intersektionalität. Bewegungen und Verortungen eines vielschichtigen Konzeptes, 2. Aufl. Wiesbaden 2013; Katrin Meyer, Theorien der Intersektionalität zur Einführung, Hamburg 2017

5 Vgl. dazu: Andreas Kemper/Heike Weinbach, Klassismus. Eine Einführung, 2. Aufl. Münster 2009

sismus und Sexismus wurzeln aber im Kapitalismus, Kolonialismus und Imperialismus. Man kann sie politisch nur gemeinsam erfolgreich bekämpfen, sollte Ursache und Wirkung jedoch nicht miteinander verwechseln.

Wie gesagt, ist die sozioökonomische Ungleichheit nicht mit der Ungleichartigkeit von Individuen zu verwechseln. Gleichrangigkeit, Gleichwertigkeit bzw. Gleichwürdigkeit der Menschen ist ein humanistisches Grundprinzip, das im demokratischen Verfassungsrecht als Fundamentalnorm gilt, verhindert aber mitnichten sozioökonomische Ungleichheit. Diese hat viele Gesichter, ihr harter materieller Kern ist aber zumindest seit Beendigung des paradiesischen Idealzustandes der absoluten Gleichverteilung die Verteilungsschieflage beim (Produktiv-)Vermögen, während das Einkommen in diesem Zusammenhang eine nachgeordnete Rolle spielt, weil es zumindest teilweise daraus erwächst.

Der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ungleichheit liegen asymmetrische Machtbeziehungen zwischen meist im beschränkten Eigeninteresse handelnden (Kollektiven von) Menschen zugrunde. Produziert und reproduziert wird sie durch eine nichtegalitäre Verteilung der für das individuelle Wohlergehen, den materiellen Lebensstandard und den gesellschaftlichen Status einer Person entscheidenden Ressourcen, etwa Geld, Macht oder Wissen, an privilegierte bzw. unterprivilegierte Gruppen. Verantwortlich für diese Ungleichverteilung können einflussreiche Personen, Strukturen und Institutionen sein.

Heike Solga, Peter A. Berger und Justin Powell definieren *soziale Ungleichheit* im Unterschied zur *Verschiedenartigkeit* oder *Diversität* über die Verteilung (zu) knapper gesellschaftlicher Ressourcen auf Gruppen, deren Mitglieder dadurch entweder besser- oder schlechtergestellt werden: „Wir sprechen immer dann von sozialer Ungleichheit, wenn Menschen (immer verstanden als Zugehörige sozialer Kategorien) einen ungleichen Zugang zu sozialen Positionen haben und diese sozialen Positionen systematisch mit vorteilhaften oder nachteiligen Handlungs- und Lebensbedingungen verbunden sind.“⁶ Die soziale Ungleichheit kann demnach Ungerechtigkeit bedeuten, muss aber nicht mit Letzterer verbunden sein. Vielmehr gibt es auch Formen *legitimer* sozialer Ungleichheit, beispielsweise im Hinblick auf Berufe, die ein unterschiedliches Maß an Talent, Engagement und praktischer Routine erfordern, was sich in der Prestige- und Einkommenshierarchie niederschlagen darf. Kontrovers wird die Frage diskutiert, welche Form der sozialen Ungleichheit man als gerecht oder legitim und welche man als ungerecht oder illegitim ansehen kann.⁷

6 Heike Solga/Peter A. Berger/Justin Powell, Soziale Ungleichheit – kein Schnee von gestern!, Eine Einführung, in: dies. (Hrsg.), Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse, Frankfurt am Main/New York 2009, S. 15

7 Vgl. dazu: Wilfried Hinsch, Gerechtfertigte Ungleichheiten. Grundsätze sozialer Gerechtigkeit, Berlin/New York 2002; Heinz-Jürgen Dahme/Norbert Wohlfahrt, Ungleich gerecht? – Kritik

Als moderne Legitimationsbasis der sozioökonomischen Ungleichheit fungiert die Ungleichheit der Leistungen, welche die einzelnen Gesellschaftsmitglieder erbringen. Der in diesem Zusammenhang zentrale Begriff „Meritokratie“ stammt von dem britischen Soziologen und Labour-Politiker Michael Dunlop Young, dessen 1958 erschienene Dystopie *The Rise of the Meritocracy 1870-2033* ihn satirisch verwendete,⁸ während ihn die spätere Rezeption seiner Partei zum Positiven wendete. Heike Solga, Direktorin der Abteilung „Ausbildung und Arbeitsmarkt“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), hat fünf Wesenszüge der „meritokratischen Leitfigur sozialer Ungleichheit“ herausgearbeitet: „(1) die ‚natürliche‘ Fundierung sozialer Ungleichheit, (2) die Darstellung von Ungleichheit als gesellschaftliches Funktionserfordernis, (3) die Notwendigkeit organisierter Bildungsprozesse, (4) die individuelle statt kategoriale Ungleichheitsdefinition sowie (5) die Entpersonifizierung der Definition von Leistung.“⁹ Reinhard Kreckel hat die Leistungsideologie als wichtigstes Mittel zur Legitimation von sozialer Ungleichheit in fortgeschrittenen westlichen (ebenso wie in östlichen) Staatsgesellschaften bezeichnet und die „meritokratische Triade“ von Bildungsabschluss, beruflichem Rang und Geldeinkommen – in der genannten Reihenfolge – problematisiert: „Die Qualifikation eines Individuums *soll* in eine entsprechende berufliche Position konvertierbar sein, die berufliche Position *soll* mit einem ihr angemessenen Einkommen ausgestattet sein – so will es die Leistungsideologie.“¹⁰

Wenn die bestehende Wirtschaftsordnung statt sozialer Gerechtigkeit vermehrt Armut wie auch immer größeren Reichtum schafft, muss sie diese Ungleichverteilung der gesellschaftlichen Ressourcen und der Lebenschancen nachvollziehbar machen, um ihre Akzeptanz in der Bevölkerung nicht zu verlieren. Häufig werden Armut und Reichtum gerechtfertigt, indem man sie als Sachzwang und gesellschaftliches Ordnungsprinzip darstellt. Beispielsweise hielt die Wirtschaftsjournalistin Inge Kloepfer nichts von allgemeinen Klagen über steigende Armut, die es schon lange gebe, denn Chancen und Risiken, wie sie eine moderne Leistungsgesellschaft nun einmal mit sich bringe, müssten akzeptiert werden: „Armut oder, besser gesagt, relative Armut ist wahrscheinlich die notwendige Begleiterscheinung einer von ihrer Ausrichtung her meritokratischen Gesellschaft, in der sich ein jeder nach seiner Leistung einen Platz

moderner Gerechtigkeitsdiskurse und ihrer theoretischen Grundlagen, Hamburg 2012; Steffen Mau/Nadine M. Schöneck (Hrsg.), (Un-)Gerechte (Un-)Gleichheiten, Berlin 2015

8 Vgl. Michael Young, Es lebe die Ungleichheit. Auf dem Weg zur Meritokratie, Düsseldorf 1961

9 Heike Solga, Meritokratie – die moderne Legitimation ungleicher Bildungschancen, in: Peter A. Berger/Heike Kahlert (Hrsg.), Institutionalisierte Ungleichheiten. Wie das Bildungswesen Chancen blockiert, 3. Aufl. Weinheim/Basel 2013, S. 23

10 Reinhard Kreckel, Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, a.a.O., S. 97 (Hervorh. im Original)

erobert.“¹¹ Tatsächlich ist Armut für die Aufrechterhaltung der bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse erforderlich, diszipliniert sie doch unmittelbar Betroffene, Erwerbslose und Arbeitnehmer/innen gleichermaßen.

Strittig ist die Funktionalität der sozioökonomischen Ungleichheit, des Reichtums und der Armut für das bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Ungleichheit ist ein konstitutives Merkmal jeder kapitalistischen Gesellschaft, aber für diese auch insofern nützlich, als die Armut wie eine Drohkulisse, ein Druckmittel und ein Disziplinierungsinstrument wirkt, während der Reichtum umgekehrt als Leistungsanreiz, Lockmittel und Belohnung für aufstiegsorientierte Gruppen der Bevölkerung erscheint. Der britische Soziologe Thomas Humphrey Marshall charakterisierte diese Wechselbeziehung folgendermaßen: „Je mehr man Wohlstand als schlüssigen Beweis von Leistung sieht, desto mehr neigt man dazu, Armut als Zeichen des Versagens zu betrachten – wobei die Strafe für das Versagen größer zu sein scheint, als es der Verstoß verlangt.“¹²

Vor allem in einem Land, das unter dem geistig-politischen Einfluss des Neoliberalismus steht und daher stark auf Leistung und ökonomischen Erfolg setzt, bedeutet Armut nicht bloß, dass ein Mangel an prestigeträchtigen Konsumgütern besteht, sondern auch, dass hiermit ein Makel verbunden ist, der das Selbstwertgefühl davon Betroffener erschüttert. Dies bedeutet jedoch weder, dass sozioökonomische Ungleichheit von jedem einzelnen politisch Verantwortlichen gewollt, noch gar, dass sie für das bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ungefährlich wäre. Armut und Reichtum wirken zusammen in dem Moment ausgesprochen kontraproduktiv, wo sie ein höheres Maß an sozialen Verwerfungen, (Gewalt-)Kriminalität und Drogenmissbrauch erzeugen.

1.2 Armut und Reichtum als Inbegriff der sozioökonomischen Ungleichheit

Für die meisten Bewohner/innen der Bundesrepublik drückt sich wirtschaftliche bzw. soziale Ungleichheit hauptsächlich im Gegensatz von materieller Armut und privatem Reichtum aus. Hierzulande ist das Verhältnis zwischen Armut und Reichtum, soweit es um deren Ursachen und genaue Dimensionen geht, dennoch – im Unterschied etwa zu den angelsächsischen und den skandinavischen Staaten – geradezu mit einem Tabu belegt.¹³ Dass die Reichen nicht

11 Inge Kloepfer, *Aufstand der Unterschicht. Was auf uns zukommt*, Hamburg 2008, S. 281

12 Thomas H. Marshall, *Staatsbürgerrechte und soziale Klassen*, in: ders., *Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates*, Frankfurt am Main/New York 1992, S. 56

13 Vgl. Werner Rügemer, *Arm und reich*, Bielefeld 2002, S. 6